

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i> .....	V
<i>Geleitwort zur ersten Auflage</i> .....	VII
<i>Vorwort der Verfasser</i> .....	IX
<i>Aus dem Vorwort zur ersten Auflage</i> .....	X
<i>Abkürzungsverzeichnis</i> .....	XXIX

## Teil 1

### Die Aufgaben des Strafverteidigers im Verfassungsbeschwerdeverfahren

*Prof. Dr. Matthias Jahn*

<b>A. Überlegungen vor Mandatsannahme</b> .....	5
I. Der Verteidiger zwischen Mandant und Recht .....	5
II. Abgabe der Sache an einen Spezialisten? .....	7
III. Strategien im Graubereich .....	8
IV. Kosten- und Gebührensaspekte .....	9
1. Gerichtskosten im Verfassungsbeschwerdeverfahren .....	9
2. Rechtsanwaltsvergütung im Verfassungsbeschwerdeverfahren ...	12
3. Prozesskostenhilfe .....	14
V. Zeitfaktor .....	17
1. Begründung innerhalb der Frist des § 93 BVerfGG .....	17
2. Grundsatz der Subsidiarität .....	17
3. Mandatsaufwand .....	18
4. Arbeitsmaterial .....	21
<b>B. Weitere verfahrensrelevante Gesichtspunkte</b> .....	23
I. Das Annahmeverfahren .....	23
1. Gesetzliche Bestimmungen .....	24
2. Kammerzuständigkeit und Überblick über den Verfahrensablauf ..	25
3. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde als Annahme- voraussetzung .....	26
4. Die Annahmegründe .....	27
a) Grundsatzverfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 lit. a BVerfGG) .....	27
b) Rechtsdurchsetzungsverfassungsbeschwerde (§ 93a Abs. 2 lit. b BVerfGG) .....	28
II. Allgemeines Register (AR), Verfahrensregister (BvR) und weiterer Verfahrensgang .....	30
III. Rechtskraft eines Nichtannahmebeschlusses .....	32

**Teil 2**

**Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Verfassungsbeschwerde in Strafsachen**

*Prof. Dr. Matthias Jahn*

<b>A. Jedermannseigenschaft – die persönlichen Voraussetzungen</b> . . . . .	34
I. Partei- und Beschwerdefähigkeit . . . . .	34
II. Natürliche und Juristische Personen . . . . .	34
1. Sonderproblem: Tod des Beschwerdeführers . . . . .	35
2. Minderjährige . . . . .	35
3. Ausländische Staatsangehörige . . . . .	36
4. Juristische Personen . . . . .	37
a) Juristische Personen des Privatrechts . . . . .	38
b) Juristische Personen des öffentlichen Rechts . . . . .	39
c) Sonderfall Prozessgrundrechte . . . . .	41
III. Prozessfähigkeit . . . . .	41
1. Grundrechtsmündigkeit/Einsichtsfähigkeit . . . . .	42
2. Vertretung und Interessenkollision . . . . .	42
3. Postulationsfähigkeit . . . . .	43
<b>B. Der Beschwerdegegenstand</b> . . . . .	43
I. Maßnahmen der öffentlichen Gewalt . . . . .	43
1. Relevantes Handeln und Unterlassen der öffentlichen Gewalt . . . . .	43
2. Keine Maßnahmen öffentlicher Gewalt . . . . .	44
a) Maßnahmen zwischenstaatlicher Einrichtungen, der Europäischen Union und anderer Staaten . . . . .	44
b) Handeln von Privatpersonen . . . . .	47
II. Akte der vollziehenden Gewalt . . . . .	48
1. Anträge der Staatsanwaltschaft an die Gerichte . . . . .	48
2. Maßnahmen der Staatsanwaltschaft im Ermittlungs- und Vollstreckungsverfahren . . . . .	48
3. Gnadenentscheidungen . . . . .	49
4. Verwaltungsvorschriften . . . . .	50
III. Akte der Gesetzgebung . . . . .	51
1. Erlassene Gesetze . . . . .	51
2. Gesetzgeberisches Unterlassen . . . . .	52
IV. Maßnahmen der Gerichte und des Richters . . . . .	53
1. Gegen Entscheidungen welchen Gerichts? . . . . .	54
a) Entscheidungen des BVerfG als Beschwerdegegenstand? . . . . .	54
b) Entscheidungen der Landesverfassungsgerichte . . . . .	55
2. Gegen welche Teile gerichtlicher Entscheidungen? . . . . .	55
3. Ab wann und bis zu welchem Zeitpunkt sind gerichtliche Entscheidungen tauglicher Beschwerdegegenstand? . . . . .	56
a) Zwischenentscheidungen . . . . .	56

aa) Richterliche Maßnahmen im Vorverfahren . . . . .	57
(1) Haftbefehl . . . . .	57
(2) Strafbefehl . . . . .	57
(3) Sonstige Maßnahmen im Vorverfahren . . . . .	57
bb) Maßnahmen vor, im und in Zusammenhang mit dem Hauptverfahren . . . . .	58
(1) Geschäftsverteilungsplan . . . . .	58
(2) Gerichtsstandbestimmung . . . . .	58
(3) Eröffnungsbeschluss . . . . .	58
(4) Verfahrensverbindung . . . . .	59
(5) Ladung zum Termin . . . . .	60
(6) Richterablehnung . . . . .	60
(7) Versagung der Akteneinsicht . . . . .	61
(8) Ablehnung einer Zeugenladung . . . . .	62
(9) Verteidigerbestellung und Abberufung des Verteidigers . . . . .	63
(10) Sonstige Maßnahmen im Hauptverfahren einschließ- lich Sitzungspolizei . . . . .	63
(11) Verfahrenseinstellungen . . . . .	64
(12) Zurückverweisung nach erfolgreicher Revision . . . . .	64
b) Klageerzwingungsverfahren . . . . .	64
c) „Rückfallposition“ Verfassungsbeschwerde gegen die Vollstreckung des Strafurteils? . . . . .	65
<b>C. Die Beschwerdebefugnis . . . . .</b>	<b>65</b>
I. Allgemeine Bedeutung . . . . .	65
II. Verletzung von Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten . . . . .	66
1. Enumerationsprinzip . . . . .	66
2. Irrelevante Normenkomplexe . . . . .	67
3. Sonderproblem EMRK-Verstöße und Verstöße gegen sonstiges Europa- und Völkerrecht . . . . .	67
4. „Spezifisches Verfassungsrecht“ und erweiterte Prüfungs- kompetenzen im Einzelfall . . . . .	68
III. Betroffenheit und Beschwer . . . . .	71
1. Selbstbetroffenheit . . . . .	72
a) Selbstbetroffenheit des Rechtsanwalts . . . . .	73
b) Eltern und Erziehungsberechtigte eines nach Jugendstrafrecht Verurteilten . . . . .	74
c) Familienangehörige bei Ausweisung . . . . .	74
d) Selbstbetroffenheit Dritter durch Nennung in den Entscheidungsgründen eines strafgerichtlichen Urteils? . . . . .	74
2. Gegenwärtige Betroffenheit . . . . .	75
3. Unmittelbare Betroffenheit . . . . .	76

<b>D. Erschöpfung des Rechtsweges und Subsidiarität</b> .....	78
I. Praktische Bedeutung für die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde .....	78
II. Rechtswegerschöpfung .....	80
1. Begriff und Arten des Rechtsweges im engeren Sinne .....	80
a) Positivrechtlich geregelte Rechtsbehelfe .....	80
aa) Vorverfahren, insbesondere Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§ 98 Abs. 2 S. 2 StPO [analog]) .....	80
bb) Hauptverfahren .....	81
cc) Klageerzwingungsverfahren .....	83
dd) Strafvollzugs- und Untersuchungshaftrecht, insbes. Untätigkeitsbeschwerde und Verzögerungsrüge .....	84
ee) Justizverwaltungsakte (§§ 23 ff. EGGVG) .....	84
b) Außerordentliche Rechtsbehelfe, insbesondere Gegenvorstel- lung und Anhörungsrüge .....	85
aa) Der Hintergrund: Die Rechtsprechung bis zum 31.12.2004 .....	85
bb) Plenumsentscheidung und Anhörungsrügensgesetz .....	86
c) Die Anhörungsrüge im Strafverfahren .....	86
aa) Notwendigkeit der Erhebung von Gehörsrügen im strafge- richtlichen Ausgangsverfahren .....	87
bb) Verfahren und inhaltliche Anforderungen an die Anhörungsrüge .....	88
cc) Praktische Konsequenzen aus dem unklaren inhaltlichen Einzugsbereich der Anhörungsrüge .....	91
d) Nichteröffnung eines Rechtsweges .....	94
e) Tatsächliche Erschöpfung des Rechtsweges .....	94
aa) Grundsätze .....	94
bb) Besonderheiten im strafprozessualen Revisionsverfahren .	94
(1) Rückverweisende Revisionsurteile .....	95
(2) Sprungrevision und tatsächliche Feststellungen .....	95
f) Einlegung offensichtlich unzulässiger Rechtsbehelfe .....	96
aa) Was heißt „offensichtlich unzulässig“? – Die „90-Zwei-93- Eins-Falle“ .....	96
bb) (Nur) Zweifelhafte Zulässigkeit des Rechtsbehelfs .....	97
cc) „Parken im Allgemeinen Register“ .....	99
g) Unzumutbarkeit der Rechtswegerschöpfung .....	99
h) Vorabentscheidung (§ 90 Abs. 2 S. 2 BVerfGG) .....	100
aa) Rechtsfragen von allgemeiner Bedeutung .....	100
bb) Schwerer, unabwendbarer Nachteil .....	101
III. Subsidiarität .....	102
1. Formelle Subsidiarität .....	102

a) Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Rechtsnormen . . . .	102
b) Verfassungsbeschwerde im gerichtlichen Eilverfahren . . . . .	104
c) Kasuistik zur Ausübung von strafprozessualen Frage-, Antrags-, Beanstandungs-, Äußerungs- und Ablehnungsrechten in der In- stanz . . . . .	105
2. Materielle Subsidiarität . . . . .	109
a) Vorbringen zu den entscheidungserheblichen Tatsachen vor den Strafgerichten . . . . .	109
b) Rüge-„Tiefe“ materieller Verfassungswidrigkeit im Ausgangs- verfahren . . . . .	110
aa) Der Hintergrund: Unklare Rechtsprechung des BVerfG bis zum Jahr 2004 . . . . .	110
bb) „Neuzeit“ seit dem Beschluss des BVerfG vom 9.11.2004 . . . . .	111
(1) Verletzung von Verfahrensgrundrechten . . . . .	112
(2) Verfassungsrechtlich gebundener Rechtsmittelzulas- sungsantrag . . . . .	112
(3) „Generalklausel“: Erfordernis verfassungsrechtlich determinierten Vortrags . . . . .	112
<b>E. Form und Frist</b> . . . . .	114
I. Form . . . . .	114
II. Frist . . . . .	115
1. Fristbeginn und Rechtswegerschöpfung . . . . .	116
2. Fristbeginn ab Zustellung, Mitteilung, Verkündung oder sonstiger Bekanntgabe . . . . .	118
a) Zustellung und Mehrfachzustellung . . . . .	118
b) Verkündung . . . . .	119
c) Unterbrechung der Frist durch Antrag auf Entscheidungserteilung . . . . .	120
d) Fristbeginn bei heimlichen Ermittlungsmaßnahmen . . . . .	121
e) Fristbeginn für nicht am Verfahren beteiligte Dritte . . . . .	121
f) Fristbeginn bei Verfassungsbeschwerden gegen Gesetze . . . . .	121
3. Fristberechnung . . . . .	122
4. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand . . . . .	122
a) Fristversäumnis . . . . .	123
b) Voraussetzungen für die Wiedereinsetzung . . . . .	123
aa) Verschulden . . . . .	123
bb) Begründung der Tatsachen und Glaubhaftmachung . . . . .	124
<b>F. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis</b> . . . . .	124
I. Grundsätzliches . . . . .	124
II. Prozessuale Überholung im Instanzenzug . . . . .	125

III. Erledigung bei tiefgreifendem Grundrechtseingriff . . . . .	126
IV. Klärung grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Fragen . . . . .	128
<b>G. Die prozessuale Vertretung des Beschwerdeführers . . . . .</b>	<b>129</b>
I. Vollmachtserteilung an Rechtsanwalt oder Hochschullehrer . . . . .	129
1. Erteilung . . . . .	129
2. Zeitpunkt . . . . .	130
3. Umfang . . . . .	131
4. Erlöschen . . . . .	131
II. Beistand . . . . .	131
<b>H. Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .</b>	<b>132</b>

### Teil 3

#### **Praktische Aspekte des Verfassens einer Verfassungsbeschwerdeschrift und zur Einhaltung der Substantiierungsanforderungen**

*Prof. Dr. Matthias Jahm*

<b>A. Grundlagen . . . . .</b>	<b>136</b>
I. Funktion der Beschwerdeschrift . . . . .	136
1. Bezeichnung . . . . .	136
2. Begründung . . . . .	136
a) Kombination des § 23 Abs. 1 S. 2 und des § 92 BVerfGG . . . . .	136
b) Sinn und Zweck des Begründungserfordernisses . . . . .	137
c) Ergänzungen nach Ablauf der Beschwerdefrist? . . . . .	138
II. Weitere Bestandteile der Beschwerdeschrift . . . . .	139
1. Notwendige Verfahrensdokumentation . . . . .	139
a) Beifügung in Kopie oder bloße Wiedergabe des Inhalts? . . . . .	140
b) Belege für Rechtswegerschöpfung und Beachtung der Subsidiaritätsanforderungen . . . . .	141
c) Weitere Schriftsätze des Ausgangsverfahrens . . . . .	142
d) Verweisungen auf andere Unterlagen („Patchwork-Schriftsätze“) . . . . .	143
2. Eingang aller Dokumente innerhalb der Beschwerdefrist . . . . .	144
<b>B. Abfassen der Beschwerdeschrift . . . . .</b>	<b>145</b>
I. Grundsätzliches; Aufbaufragen . . . . .	145
II. Formalien im Rubrum . . . . .	146
1. Bezeichnung des Beschwerdeführers . . . . .	146
2. Bezeichnung der angegriffenen Hoheitsakte . . . . .	147
3. Bezeichnung des verletzten Rechts . . . . .	148
4. Vollmacht . . . . .	149
5. Anlagen . . . . .	149

III. Geschichte des Verfahrens und Darstellung des angegriffenen Urteils bzw. sonstigen Aktes der öffentlichen Gewalt . . . . .	150
1. Ausgangsverfahren . . . . .	150
2. Darstellung des angegriffenen Urteils/Beschlusses . . . . .	151
a) Fachgerichtliche Feststellungen . . . . .	151
b) Abweichender Tatsachenvortrag . . . . .	152
c) Einführung neuer Tatsachen? . . . . .	152
d) Auseinandersetzung mit den Urteilsgründen . . . . .	152
IV. Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde . . . . .	153
1. Darlegungslasten bei einzelnen Zulässigkeitskriterien . . . . .	153
a) Parteifähigkeit . . . . .	153
b) Beschwerdebefugnis . . . . .	154
c) Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität . . . . .	154
d) Fristwahrung . . . . .	154
e) Rechtsschutzbedürfnis . . . . .	155
f) Beim Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	155
2. Darlegungslasten zum Vorliegen der Annahmeveraussetzungen? . . . . .	155
V. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde . . . . .	156
1. Rechtslage nach einfachem Recht . . . . .	157
a) Hinreichende inhaltliche Auseinandersetzung . . . . .	157
b) Strittige und ungeklärte Rechtsfragen . . . . .	158
2. Verfassungsrechtliche Auseinandersetzung . . . . .	158
a) Anwendung bereits etablierter Maßstäbe . . . . .	158
b) Verfassungsrechtlich noch ungeklärte Fragen . . . . .	159
c) Wichtige Einzelfälle . . . . .	160
aa) Rechtliches Gehör . . . . .	160
bb) Willkürverbot . . . . .	161
cc) Entziehung des gesetzlichen Richters . . . . .	161
3. Beruhen . . . . .	162
VI. Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung . . . . .	162
VII. Verzögerungsbeschwerde . . . . .	162
<b>C. Antragstellung . . . . .</b>	<b>163</b>
I. Grundsätzliches . . . . .	163
II. Beispiele . . . . .	164
<b>D. Zusammenfassendes Beispiel einer Beschwerdeschrift . . . . .</b>	<b>165</b>

**Teil 4**

**Verfassungsbeschwerde gegen Strafurteile**

*Prof. Dr. Krehl/Dr. Markus Löffelmann*

<b>A. Verfassungsrechtliche Rüge der Verletzung formellen Strafrechts</b>	
<i>(Löffelmann)</i> .....	167
I. Recht auf ein faires Verfahren <i>(Löffelmann)</i> .....	168
1. Beweiswürdigung .....	171
a) Anwendungsbereich .....	171
b) Prüfungsmaßstab .....	174
2. Aufklärungspflicht .....	178
a) Anwendungsbereich .....	178
b) Prüfungsmaßstab .....	180
3. Verwertungsverbote .....	182
a) Anwendungsbereich .....	182
b) Prüfungsmaßstab .....	185
4. Konfrontationsrecht .....	186
a) Anwendungsbereich .....	186
b) Prüfungsmaßstab .....	188
5. Recht auf effektive Verteidigung .....	189
a) Anwendungsbereich .....	189
b) Prüfungsmaßstab .....	190
aa) Auswahl und Entpflichtung von Verteidigern .....	190
bb) Uneingeschränkte Kommunikation mit dem Verteidiger ..	192
cc) Gerichtliche Fürsorgepflicht .....	194
dd) Verhandlungsfähigkeit .....	195
II. Effektiver Rechtsschutz <i>(Krehl)</i> .....	196
1. Verfassungsrechtlicher Maßstab .....	197
2. Auswirkungen auf das Strafverfahren .....	199
a) Rechtsmittelverfahren, insbesondere Revision .....	200
b) Strafbefehlsverfahren .....	205
c) Wiedereinsetzung in den vorigen Stand .....	206
d) Maßnahmen im Ermittlungsverfahren .....	209
III. Rechtliches Gehör <i>(Krehl)</i> .....	212
1. Das Recht auf Information .....	214
a) Grundsätze .....	214
b) Einige Einzelheiten .....	217
2. Das Recht auf Äußerung .....	220
3. Das Recht auf Berücksichtigung .....	223
4. Folgen einer Gehörsverletzung und ihre nachträgliche Beseitigung .....	228
IV. Gesetzlicher Richter <i>(Krehl)</i> .....	230
1. Prüfungsmaßstab .....	230



2. Einzelprobleme . . . . .	234
a) Pflicht zur Vorlage an ein anderes Gericht . . . . .	234
b) Die Bestimmung des zuständigen Gerichts . . . . .	237
c) Die Behandlung von Befangenheitsanträgen . . . . .	237
d) Entscheidungsbefugnisse des Revisionsgerichts . . . . .	240
V. Doppelbestrafungsverbot ( <i>Krehl</i> ) . . . . .	242
VI. Die verfassungsrechtliche Absicherung von Verständigungen im Strafverfahren ( <i>Krehl</i> ) . . . . .	245
1. Das Grundsatzurteil . . . . .	245
2. Die von einer Verständigung betroffenen verfassungsrechtlichen Schutzpositionen . . . . .	246
3. Verfassungsrechtliche Grenzen einer Verständigung . . . . .	247
4. Zur Belehrungspflicht nach § 257c Abs. 5 StPO . . . . .	249
5. Pflicht zur Mitteilung verständigungsbezogener Mitteilungen (§ 243 Abs. 4 StPO) . . . . .	249
6. Zum Beruhen . . . . .	251
7. Exkurs: Einwände des BGH gegen die Beruhensrechtsprechung des <i>BVerfG</i> . . . . .	254
<b>B. Verfassungsrechtliche Rüge der Verletzung materiellen Strafrechts (<i>Löffelmann</i>) . . . . .</b>	<b>255</b>
I. Verfassungswidrigkeit der materiellrechtlichen Grundlagen der Verurteilung . . . . .	257
1. Formelle Verfassungsmäßigkeit der Strafnorm . . . . .	257
a) Gesetzgebungskompetenz und Gesetzgebungsverfahren . . . . .	257
b) Bestimmtheitsgebot und Gesetzlichkeitsprinzip . . . . .	258
aa) Anwendungsbereich . . . . .	258
bb) Prüfungsmaßstab . . . . .	259
2. Materielle Verfassungsmäßigkeit der Strafnorm . . . . .	262
a) Verfassungsrechtliche Überprüfung der Verbotsnorm . . . . .	262
aa) Allgemeine Handlungsfreiheit . . . . .	263
(1) Anwendungsbereich . . . . .	263
(2) Prüfungsmaßstab . . . . .	264
(a) Geeignetheit . . . . .	265
(b) Erforderlichkeit . . . . .	265
(c) Angemessenheit . . . . .	266
(d) Gesetzgeberische Einschätzungs- und Entscheidungsprärogative . . . . .	266
(e) Legitime Zwecke . . . . .	268
bb) Allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	270
cc) Glaubens- und Gewissensfreiheit . . . . .	272
dd) Meinungsfreiheit . . . . .	273
ee) Pressefreiheit . . . . .	275

ff) Kunstfreiheit . . . . .	276
gg) Schutz von Ehe und Familie . . . . .	276
hh) Versammlungsfreiheit . . . . .	277
ii) Berufsfreiheit und Eigentumsrecht . . . . .	278
jj) Menschenwürde . . . . .	278
b) Verfassungsrechtliche Überprüfung der Sanktionsnorm . . . . .	280
aa) Dogmatik des strafrechtlichen Sanktionensystems . . . . .	280
bb) Prüfungsmaßstäbe . . . . .	281
II. Verfassungswidrigkeit der Normanwendung durch die Fachgerichte . . . . .	283
1. Allgemeines Willkürverbot . . . . .	284
a) Anwendungsbereich . . . . .	284
b) Prüfungsmaßstab . . . . .	286
2. Verbot analoger oder gewohnheitsrechtlicher Strafbegründung . . . . .	290
3. Gebot schuldangemessenen Strafens . . . . .	294
a) Anwendungsbereich . . . . .	294
b) Prüfungsmaßstab . . . . .	297
4. Eingriffe in das Freiheitsgrundrecht durch Anordnung freiheitsentziehender Maßregeln . . . . .	300
a) Anwendungsbereich . . . . .	300
b) Prüfungsmaßstab . . . . .	301

## Teil 5

### Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Maßnahmen im Ermittlungsverfahren

*Dr. Markus Löffelmann/Prof. Dr. Christoph Krehl*

<b>A. Allgemeine Grundsätze . . . . .</b>	<b>305</b>
I. Verfassungsrechtliche Bedeutung des Ermittlungsverfahrens ( <i>Löffelmann</i> ) . . . . .	305
II. Besondere Zulässigkeitsprobleme der Verfassungsbeschwerde gegen Ermittlungsmaßnahmen ( <i>Löffelmann</i> ) . . . . .	308
1. Rechtswegerschöpfung . . . . .	308
2. Zwischenentscheidungen . . . . .	309
3. Erledigung von Ermittlungsmaßnahmen . . . . .	309
4. Verfassungsbeschwerde gegen die Einleitung und Fortführung des Ermittlungsverfahrens . . . . .	310
<b>B. Einzelne Ermittlungsmaßnahmen . . . . .</b>	<b>312</b>
I. Wohnungsdurchsuchung ( <i>Löffelmann</i> ) . . . . .	312
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung . . . . .	312
2. Einzelne Problemkreise . . . . .	313
a) Unzureichender Grad des Tatverdachts . . . . .	313
b) Auffindeverdacht . . . . .	315

c) Unverhältnismäßigkeit .....	315
d) Nichtvorliegen von Gefahr in Verzug .....	318
e) Dokumentations- und Begründungspflichten .....	320
f) Zeitliche Begrenzung .....	322
g) Beschlagnahmeverbote .....	323
II. Beschlagnahme ( <i>Löffelmann</i> ) .....	324
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung .....	324
2. Einzelne Problemkreise .....	325
a) Gegenstandsbezogene Beschlagnahmeverbote .....	325
b) Personenbezogene Beschlagnahmeverbote .....	326
aa) Anknüpfung an das Zeugnisverweigerungsrecht .....	326
bb) Verfassungsrechtliche Fundierung des Beschlagnahmeverbots .....	327
cc) Sonderfall: Beschlagnahme beim Strafverteidiger .....	330
III. Telekommunikationsüberwachung ( <i>Löffelmann</i> ) .....	331
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung .....	331
a) Rechtstatsächliche Relevanz .....	331
b) Reichweite des Fernmeldegeheimnisses .....	332
2. Einzelne Problemkreise .....	333
a) Mithören am Endgerät .....	333
b) Beschlagnahme von Datenträgern mit Telekommunikationsdaten .....	334
c) Überwachung des E-Mail-Verkehrs .....	335
d) Abhören von Mailboxen .....	338
e) Überwachung von Raumgesprächen .....	339
f) Überwachung kommunikationsunabhängiger Telekommunikationsdaten .....	340
g) Bestandsdatenabfrage .....	343
h) Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ .....	345
i) Überwachung des Internet .....	346
j) Verwendungsregelungen .....	347
k) Unverhältnismäßigkeit der Überwachung .....	348
aa) Anlasstat .....	348
bb) Verdachtsgrad .....	349
cc) Subsidiarität .....	349
dd) Überwachungsverbote .....	350
l) Verletzung des Kernbereichs privater Lebensgestaltung .....	350
IV. Akustische Wohnraumüberwachung ( <i>Löffelmann</i> ) .....	352
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung .....	352
2. Einzelne Problemkreise .....	353
V. Observationsmaßnahmen ( <i>Löffelmann</i> ) .....	355
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung .....	355

2. Einzelne Problemkreise . . . . .	356
VI. Einsatz verdeckt ermittelnder Personen ( <i>Löffelmann</i> ) . . . . .	358
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung . . . . .	358
2. Einzelne Problemkreise . . . . .	359
a) Betreten von Wohnungen . . . . .	359
b) Begehen von Straftaten . . . . .	360
c) Provozieren von Straftaten . . . . .	360
VII. Körperliche Eingriffe ( <i>Löffelmann</i> ) . . . . .	363
1. Verfassungsrechtliche Bedeutung . . . . .	363
2. Einzelne Problemkreise . . . . .	363
a) Verhältnismäßigkeit der Maßnahme . . . . .	363
b) Verabreichen von Brechmitteln . . . . .	364
c) Gerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	365
VIII. Molekulargenetische Untersuchungen ( <i>Krehl</i> ) . . . . .	366
1. Die Bedeutung molekulargenetischer Untersuchungen . . . . .	366
2. Prüfungsmaßstab . . . . .	367
a) Anlassstat . . . . .	368
b) Gefährlichkeitsprognose . . . . .	369
c) Eingriffe gegen Jugendliche . . . . .	371
<b>C. Verfassungsbeschwerde gegen die Verwendung von durch Ermittlungsmaßnahmen erlangten personenbezogenen Daten (<i>Löffelmann</i>) . . . . .</b>	<b>373</b>
I. Anwendungsbereich . . . . .	373
1. Datenschutzrechtliche Verwendungsregelungen . . . . .	373
2. Datenschutzrechtliche Kennzeichnungs- und Löschungspflichten . . . . .	375
3. Möglichkeiten des Rechtsschutzes . . . . .	376
II. Prüfungsmaßstab . . . . .	377

## Teil 6

### Verfassungsbeschwerde gegen verfahrenssichernde Maßnahmen

*Prof. Dr. Georg Friedrich Gintge*

<b>A. Freiheitsentziehende Maßnahmen – Die Verfassungsbeschwerde im Recht der Untersuchungshaft . . . . .</b>	<b>379</b>
I. Einleitung . . . . .	379
II. Die grundrechtliche Prüfung . . . . .	380
1. Das einschlägige Grundrecht . . . . .	380
2. Der Schutzbereichseingriff . . . . .	381
III. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Untersuchungshaft . . . . .	382
1. Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz . . . . .	383
2. Der Beschleunigungsgrundsatz . . . . .	385
IV. Das Begründungserfordernis . . . . .	389

V. Exkurs: Die einstweilige Unterbringung . . . . .	390
<b>B. Berufsbezogene Maßnahmen – Das vorläufige Berufsverbot . . . . .</b>	<b>392</b>
<b>C. Eigentumsbezogene Maßnahmen – Der dingliche Arrest, § 111d StPO . . . . .</b>	<b>394</b>
I. Einleitung . . . . .	394
II. Der Grundrechtsbezug . . . . .	394
<b>D. Die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis, § 111a StPO . . . . .</b>	<b>397</b>

**Teil 7**

**Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im  
Klageerzwingungsverfahren**

*Dr. Markus Löffelmann*

<b>A. Beschwer des Antragstellers . . . . .</b>	<b>402</b>
I. Kein Anspruch auf Strafverfolgung . . . . .	402
II. Anspruch auf verfassungsmäßige Entscheidung über die Strafverfolgung . . . . .	403
1. Effektiver Zugang zum Klageerzwingungsverfahren . . . . .	404
2. Rechtliches Gehör . . . . .	406
3. Willkürfreie Entscheidung . . . . .	407
<b>B. Beschwer des Beschuldigten . . . . .</b>	<b>409</b>
I. Kein Anspruch auf Unterlassung von Ermittlungen . . . . .	409
II. Rechtliches Gehör . . . . .	410

**Teil 8**

**Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen über Teilhaberechte Dritter**

*Dr. Markus Löffelmann*

<b>A. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Privatklageverfahren . . . . .</b>	<b>411</b>
I. Anwendungsbereich . . . . .	411
II. Prüfungsmaßstab . . . . .	412
1. Beschwer des Privatklägers . . . . .	412
2. Beschwer des Beklagten . . . . .	412
<b>B. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Nebenklageverfahren . . . . .</b>	<b>413</b>
I. Anwendungsbereich . . . . .	413
II. Prüfungsmaßstab . . . . .	414
1. Beschwer des Nebenklägers . . . . .	414
2. Beschwer des Angeklagten . . . . .	416

<b>C. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Adhäsionsverfahren</b> .....	417
I. Anwendungsbereich .....	417
II. Prüfungsmaßstab .....	417
<b>D. Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen über Akteneinsichtsgesuche Dritter</b> .....	419
I. Anwendungsbereich .....	419
II. Prüfungsmaßstab .....	419
1. Beschwer des Antragstellers .....	419
2. Beschwer von durch die Gewährung von Akteneinsicht Betroffenen .....	420

### Teil 9

#### Verfassungsbeschwerde gegen die Auferlegung und Durchsetzung der Zeugnispflicht

*Dr. Markus Löffelmann*

<b>A. Anwendungsbereich</b> .....	423
I. Grundlagen der Zeugnispflicht .....	423
II. Grenzen der Zeugnispflicht .....	424
III. Durchsetzung der Zeugnispflicht .....	426
<b>B. Prüfungsmaßstab</b> .....	426
I. Im Falle einfachgesetzlicher Zeugnisverweigerungsrechte .....	426
II. Im Falle verfassungsrechtlicher Zeugnisverweigerungsrechte .....	427
1. Menschenwürdebezug der Zeugenvernehmung .....	427
2. Unverhältnismäßigkeit der Zeugenvernehmung .....	429
III. Hinsichtlich der Durchsetzung der Zeugnispflicht .....	431
1. Allgemeine Handlungsfreiheit und Freiheitsgrundrecht .....	431
2. Schuldangemessenheit der Sanktion .....	432

### Teil 10

#### Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Wiederaufnahmeverfahren

*Prof. Dr. Christoph Krehl*

<b>A. Anwendungsbereich</b> .....	435
<b>B. Prüfungsmaßstab</b> .....	435
I. Wiederaufnahme zu Gunsten des Verurteilten .....	436
II. Wiederaufnahme zuungunsten des Verurteilten .....	441

## Teil 11

### Die verfassungsrechtliche Überprüfung von Entscheidungen in der Strafvollstreckung

*Prof. Dr. Christoph Krehl*

<b>A.</b>	<b>Praktische Bedeutung</b> .....	443
<b>B.</b>	<b>Die wichtigsten Entscheidungen im Bereich der Strafvollstreckung</b> .....	445
	I. Aussetzung der Strafvollstreckung zum $\frac{2}{3}$ Zeitpunkt (§ 57 Abs. 1 StGB) .....	445
	II. Aussetzung einer lebenslangen Freiheitsstrafe (§ 57a StGB) .....	450
	1. Die besondere Schwere der Schuld .....	452
	2. Die Gefahrenprognose .....	454
	3. Verfahrensrechtliche Anforderungen .....	456
	III. Entlassung aus der Sicherungsverwahrung .....	457
	1. Aussetzung nach § 67c Abs. 1 S. 2 StGB .....	460
	2. Aussetzung nach § 67d Abs. 2 StGB .....	461
	3. Beendigung der Sicherungsverwahrung nach zehnjährigem Vollzug .....	463
	IV. Beendigung der Unterbringung nach dem Therapieunterbringungs- gesetz .....	467
	V. Beendigung der Unterbringung im psychiatrischen Krankenhaus ....	468
	1. Aussetzung zur Bewährung nach § 67d Abs. 2 StGB .....	470
	2. Erledigung der Unterbringung nach § 67d Abs. 6 StGB .....	476
	VI. Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung .....	478
	1. Widerruf nach Begehung einer neuen Straftat (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StGB) .....	478
	2. Widerruf bei gröblichem oder beharrlichem Verstoß gegen Wei- sungen und Auflagen (§ 56f Abs. 1 S. 1 Nr. 2, 3 StGB) .....	480
	3. Widerruf einer Reststrafenaussetzung nach § 57 Abs. 5 StGB, § 454a Abs. 2 StPO .....	483
	4. Auswirkungen auf die Verfahrensgestaltung .....	484

## Teil 12

### Verfassungsbeschwerde gegen Entscheidungen im Strafvollzug

*Prof. Dr. Georg Friedrich Güntge*

<b>A.</b>	<b>Grundrechtsgeltung im Vollzug</b> .....	485
<b>B.</b>	<b>Besonderheiten der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde im Vollzugsrecht</b> .....	487
	I. Die Formerfordernisse .....	487
	II. Das Gebot der Rechtswegerschöpfung .....	488

1. Der fachgerichtliche Rechtsschutz nach dem StVollzG . . . . .	488
a) Der Rechtsschutz in der Hauptsache . . . . .	488
b) Der Eilrechtsschutz . . . . .	489
c) Die Rechtsbeschwerde . . . . .	490
d) Das Recht der Beschwerde . . . . .	493
2. Der Rechtsschutz im Jugendvollzug . . . . .	493
<b>C. Begründetheit der Verfassungsbeschwerde . . . . .</b>	<b>494</b>
I. Rechtsschutz im Vollzug . . . . .	494
II. Einzelne Vollzugsmaßnahmen . . . . .	499
1. Überwachung des Schriftverkehrs . . . . .	500
2. Körperliche Durchsuchung, § 84 StVollzG . . . . .	501
3. Besitz von Gegenständen, § 70 StVollzG . . . . .	502
4. Beschränkung der Einsichtnahme in vollzugsrelevante Unterlagen . . . . .	503
5. Besuchsregelungen . . . . .	504
6. Verlegung . . . . .	505
7. Besondere Sicherungsmaßnahmen, § 88 StVollzG und Einzelhaft, § 89 StVollzG . . . . .	506
8. Disziplinarmaßnahmen . . . . .	507
9. Hafträume . . . . .	507
<i>Literaturverzeichnis (Auswahl) . . . . .</i>	<i>509</i>
<i>Stichwortverzeichnis . . . . .</i>	<i>513</i>